

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales  
und Gesundheit  
am Donnerstag, dem 23.06.2016, im Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum A 4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:30 Uhr**

		Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	<b>4</b>
2.	Fördern und Fordern - Flüchtlingskonzept des Kreises Warendorf	<b>049/2016</b> <b>5</b>
3.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	<b>069/2016</b> <b>10</b>
4.	Vorstellung der Aufgaben des Kinder- und Ju- gendgesundheitsdienstes	<b>081/2016</b> <b>12</b>
5.	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion - Aufwands- entschädigung im Jobcenterbeirat	<b>086/2016</b> <b>13</b>

**Anlagen**

- Anlage 1 Sachstandsbericht des Jobcenters  
Anlage 2 Presseartikel "Weiterhin geringe Jobchancen für Hartz-IV-Empfänger"  
Anlage 3 Information des Gesundheitsamtes zu Flüchtlingszahlen

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Aydemir, Ergül
Birkhahn, Astrid
Blömker, Franz-Ludwig
Geiger, Andrea
Hein-Kötter, Dorothea
Heringloh-Poll, Norbert
Hohmann de Palma, Ingrid
Hövelmann, Volker
Schindler, Ron
Schmedding, Josef
Schmelter, Marion
Schulte, Stephan
Steinkolk, Uwe
Stöppel, Gregor
Strecker, Rita
Strübbe, Robert
Werning, Frederik
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>
Schmedding, Josef
Schulte, Stephan
<b>von der Verwaltung</b>
Beier, Susanne
Börger, Heinz Dr.
Hückelheim, Wolfgang Dr.
Klausmeier, Brigitte
Lummer, Petra
Middendorf, Anne
Münstermann, Vivien
Rehfeldt, Elke Dr.

**Es fehlten entschuldigt:****Ausschussmitglieder**

Hermans, Pia

Jacobi, Silvia

Lehnert, Susanne Dr.

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit mit Einladung vom 09.06.2016 form- und fristgerecht erfolgt ist.

Herr Strübbe teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 4 entfällt und in einer der nächsten Sitzungen nachgeholt werde.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
--	--

Es wurden keine Fragen gestellt.

<b>2.</b>	<b>Fördern und Fordern - Flüchtlingskonzept des Kreises Warendorf</b>	<b>049/2016</b>
-----------	---	-----------------

Herr Strübbe verweist auf das vorliegende Flüchtlingskonzept sowie die Anträge der SPD-Kreistagsfraktion und den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Dr. Börger schlägt vor, die seitens der SPD-Kreistagsfraktion beantragten Änderungen des Flüchtlingskonzeptes, die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit fallen einzeln zu diskutieren; bei entsprechendem Beschluss fließen die Änderungen in den Beschlussvorschlag ein.

Herr Stöppel stellt den Antrag, die Überschrift des Konzeptes zu diskutieren.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass dafür der Kreisausschuss zuständig sei, in den Ausschüssen für Schule, Kultur und Sport sowie Kinder Jugendliche und Familien sei ebenfalls lediglich über die zuständigen Punkte diskutiert worden.

Herr Stöppel zieht den Antrag zurück.

Lfd. Nr des SPD-Antrages	Antrag Textänderung/ Antrag weitere Handlungsempfehl./ Antrag Erhöhung Priorität	Abstimmungsergebnis
6	Antrag auf Textergänzung	einstimmig angenommen

Auf Nachfrage und Wunsch von Frau Strecker ist dem Protokoll als Anlage 3 eine Aufstellung des Gesundheitsamtes über die Anzahl der Flüchtlinge in den Notunterkünften des Kreises sowie der Neuzuweisungen der Asylbewerberinnen und Asylbewerber in 2016 beigefügt.

12	Antrag auf Textergänzung	einstimmig angenommen
----	--------------------------	-----------------------

Zur Nachfrage von Frau Strecker zur Entwicklung einer „App“ von Gesundheitsdaten der Flüchtlinge (sh. Seite 16, 3. Absatz des Konzeptes) teilt Frau Dr. Rehfeldt mit, dass hier die Bezirksregierung Münster zuständig sei (sh. auch Ziff. 3 der Anlage 3).

13	Antrag auf Textänderung	einstimmig angenommen
14	Antrag auf Textänderung	einstimmig angenommen
15	Antrag auf Textänderung	einstimmig angenommen

Frau Hohmann des Palma weist darauf hin, dass ihrer Meinung nach auf der Seite 20 des Konzeptes in den Absätzen 2 und 5 widersprüchliche Aussagen getroffen werden. In diesem Zusammenhang sei eine zentrale Stelle für traumatisierte Flüchtlinge notwendig.

Herr Dr. Hückelheim, Gesundheitsamt, teilt mit, dass seit Oktober 2015 bisher ca. 80 Anträge auf Psychotherapie gestellt wurden, davon max. 20 % aufgrund posttraumatischer Ereignisse.

Zunächst werde der Hausarzt aufgesucht, dieser überweise den Patienten ggf. an ihn als Facharzt beim Gesundheitsamt. Bisher seien alle Anträge positiv beschieden worden. Nach Befürwortung der Psychotherapie erhalte er i. d. R. keine Rückmeldung von den Patienten. Bei 5 – 8 Patienten sei tatsächlich eine Psychotherapie erfolgt. Dieses Verfahren funktioniere bisher.

Frau Birkhahn spricht sich dafür aus, die Unterstützer zu sensibilisieren. Die häufige Aussage, dass alle Flüchtlinge traumatisiert seien, müsse kritisch geprüft werden. Sie weist auf das Problem der fehlenden Sprachkenntnisse hin, die eine Therapie erschwere. Diese könne daher nur langfristig erfolgen.

Herr Dr. Hückelheim bestätigt, dass die Beherrschung der Sprache wichtig sei, das Gesundheitssystem für die Menschen zu erschließen. Derzeit werde der Psychiatriewegweiser aktualisiert, um ihn für Hilfesuchende zugänglich zu machen. Den Helfern fehlen u. a. Dolmetscher und Menschen mit Sprachkenntnissen.

Herr Stöppel sieht den von Frau Hohmann de Palma angesprochenen Widerspruch in den Abs. 2 und 5 der Seite 20 des Konzepts nicht, der Text solle daher so belassen bleiben.

Dem Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung einer psychosozialen Flüchtlingshilfe könne er nicht folgen. Der Aufwand gegenüber dem zu erwartenden Erfolg sei viel zu hoch.

Herr Stöppel weist in diesem Zusammenhang auf den Antrag Nr. 22 der SPD-Kreistagsfraktion sowie die Stellungnahme der Frauenberatungsstelle Beckum hin. Die genannten Probleme würden auch für Männer gelten, nicht nur für Frauen.

Herr Blömker weist darauf hin, dass der Antrag auch die Belange der Männer betreffe. Es solle sich nicht um ein Projekt der Frauenberatungsstelle Beckum handeln.

Frau Strecker betont, dass unabhängig von den sprachlichen Möglichkeiten die Menschen nicht allein gelassen werden dürfen. Kinder seien definitiv oft traumatisiert.

An der Diskussion beteiligen sich des weiteren Herr Hövelmann, Frau Birkhahn und Herr Strübbe.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung einer psychosozialen Flüchtlingshilfe abstimmen:

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	<b>mehrheitlich abgelehnt</b>
	<b>Ja                    2 Stimmen</b>
	<b>Nein                14 Stimmen</b>

22	Antrag für weitere Handlungsempfehlung	mehrheitlich abgelehnt
		Ja                    4 Stimmen
		Nein                9 Stimmen
		Enthaltung      3 Stimmen

16	Antrag auf Textänderung	mehrheitlich abgelehnt: Ja 5 Stimmen Nein 9 Stimmen Enthaltung 2 Stimmen
17	Antrag auf Textergänzung	einstimmig angenommen
18	Antrag auf Textergänzung	mehrheitlich abgelehnt bei Stimmengleichheit Ja 8 Stimmen Nein 8 Stimmen

Zum Antrag Nr. 21 weist Herr Dr. Börger darauf hin, dass die Städte und Gemeinden das bisherigen Verfahren zur Ausgabe von Behandlungsscheinen für Flüchtlinge für richtig halten.

Frau Lummer weist auf § 4 AsylbLG hin, wonach zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Arznei- und Verbandmitteln sowie sonstiger zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung von Krankheiten oder Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen zu gewähren sind.

Diese Behandlungsscheine seien personen- und arztbezogen.

Frau Lummer betont, dass Kinder alle Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen bekommen.

21	Antrag für weitere Handlungsempfehlung	mehrheitlich abgelehnt Ja 4 Stimmen Nein 11 Stimmen Enthaltung 1 Stimme
23	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
24	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
25	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
26	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
27	Antrag: Erhöhung der Priorität	mehrheitlich abgelehnt Ja 5 Stimmen Nein 9 Stimmen
33	Antrag für weitere Handlungsempfehlung	mehrheitlich abgelehnt Ja 3 Stimmen Nein 9 Stimmen Enthaltung 2 Stimmen
34	Antrag Erhöhung der Priorität	mehrheitlich abgelehnt Ja 7 Stimmen Nein 8 Stimmen

Herr Stöppel hält den Text „Einführung und Ausbau von Patenschaftsmodellen...“ für falsch, da eine Einführung bereits erfolgt ist. Er beantragt daher die Wörter „Einführung und“ zu streichen.

Frau Beier bestätigt, dass seitens verschiedener Arbeitgeber bereits damit begonnen wurde.

34	Antrag des Herrn Stöppel zur Textänderung	einstimmig angenommen
35	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
36	Antrag: Erhöhung der Priorität	mehrheitlich abgelehnt Ja            5 Stimmen Nein         9 Stimmen
37	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
38	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
39	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
40	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
41	Antrag: Erhöhung der Priorität	mehrheitlich abgelehnt Ja            6 Stimmen Nein         9 Stimmen
42	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
43	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
44	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
45	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
46	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
47	Antrag auf Textergänzung	einstimmig angenommen
48	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
49	Antrag: Erhöhung der Priorität	mehrheitlich abgelehnt bei Stimmengleichheit Ja            8 Stimmen Nein         8 Stimmen
49	Antrag auf Textänderung	mehrheitlich abgelehnt Ja            7 Stimmen Nein         9 Stimmen

50	Antrag: Erhöhung der Priorität	mehrheitlich abgelehnt
		Ja            4 Stimmen
		Nein        11 Stimmen
51	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen
52	Antrag: Erhöhung der Priorität	einstimmig angenommen

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Das Konzept „Fördern und Fordern – Flüchtlingskonzept für den Kreis Warendorf“ wird unter Berücksichtigung der Empfehlungen, die der Ausschuss von den von ihm in dieser Sitzung beratenen Anträgen gegeben hat, beschlossen

**Abstimmungsergebnis:**            **mehrheitlich angenommen**  
**Ja**                            **11 Stimmen**  
**Nein**                        **0 Stimmen**  
**Enthaltung**            **2 Stimmen**

<b>3. Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht</b>	<b>069/2016</b>
---	-----------------

Frau Klausmeier berichtet über

- die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Leistungsberechtigten und die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- die Entwicklung der Zahl der zugegangenen Flüchtlinge,
- Ausländische erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Nationalität,
- Zugangsgründe im SGB II,
- Abgangsgründe aus Leistungsbezug SGB II,
- die Entwicklung der Langzeitleistungsbeziehenden und der Langzeitarbeitslosen,
- die Entwicklung der unter 25-jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- den Ausbildungsmarkt,
- ausgewählte Kennzahlen,
- Erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit sowie
- die Kosten der Unterkunft und Heizung

(siehe Anlage 1).

Zur Auswertung der ausländischen erwerbsfähigen Flüchtlinge nach Nationalität teilt Frau Klausmeier mit, dass der Leiter der Außenstelle des BAMF Münster in einem Gespräch mit der Leitung der Kreisverwaltung zugesagt habe, dass bis Oktober 2016 die Asylanträge aller Flüchtlinge aufgenommen werden seien. Bis wann alle Anträge abgearbeitet werden können und mit welcher Priorität –zuerst die mit hoher oder mit geringer Bleibeperspektive- sei noch unklar. Ein Zeitpunkt, wann Flüchtlinge/ Asylbewerber ins SGB II wechseln, sei daher unbekannt.

Zu den 127 unversorgten Bewerbern am Ausbildungsmarkt erklärt Frau Klausmeier, dass hier Schulabgänger den größten Teil bilden.

Sie weist auf die neu eingerichtete assistierte Ausbildung hin, bei der Jugendliche bei Bedarf eine Betreuung durch einen Bildungsträger erhalten. Es handele sich um 12 ESF-geförderte Plätze mit Kombination aus beruflicher Qualifizierung und praktischer beruflicher Arbeit.

Frau Klausmeier weist auf einen Presseartikel (sh. Anlage 2) in der Tageszeitung „Die Glocke“ am 21.06.2016 hin. Hier werde die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Warendorf zum Thema „Weiterhin geringen Jobchancen für Hartz-IV-Empfänger“ zitiert.

Es sei zwar richtig, dass Personen ohne lange Arbeitslosigkeit leichter zu vermitteln seien, für Langzeitarbeitslose werde im Kreis Warendorf vieles getan. Als Beispiele nennt sie die Zahlung von Lohnkostenzuschüssen bis 75 % und die Beteiligung am ESF-Bundesprogramm.

Zu den Kosten der Unterkunft und Heizung teilt Frau Klausmeier mit, dass der Bund die volle Übernahme der flüchtlingsbedingten Mehrkosten zugesagt habe.

Die Berechnung für 2016 erfolge nach dem Königsteiner Schlüssel, für 2017 und 2018 erfolge eine Abrechnung der tatsächlichen Kosten.

Es gebe noch keine Aussage vom Landkreistag, wie viel der Kreis Warendorf konkret erhalte. Ebenso sei die Verteilung auf die Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf noch unklar.

Herr Schulte bittet darum, Abweichungen zukünftig ggf. mit einem Minus darzustellen.

An der Diskussion über den Bericht von Frau Klausmeier beteiligen sich Herr Werning, Frau Hein-Kötter, Frau Birkhahn, Frau Schmelter, Frau Strecker, Herr Strübbe und Herr Stöppel.

<b>4.</b>	<b>Vorstellung der Aufgaben des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes</b>	<b>081/2016</b>
-----------	---	-----------------

Der Tagesordnungspunkt entfällt und wird auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

<b>5.</b>	<b>Antrag der AfD-Kreistagsfraktion - Aufwandsentschädigung im Jobcenterbeirat</b>	<b>086/2016</b>
-----------	--	-----------------

Herr Steinkolk erläutert den Antrag.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass er in verschiedenen Gesprächen, u.a. mit Herrn Fahnenmann von der Arbeitsagentur und Mitarbeitern der ehemaligen ARGE nicht ermitteln konnte, warum keine Aufwandsentschädigung gezahlt werde. Ggf. habe es sich um eine Vorgabe der Arbeitsagentur in Nürnberg gehandelt, da gleichlautende Regelungen und Geschäftsordnungen im Internet zu finden seien.

Frau Birkhahn weist darauf hin, dass es sich bei fehlender Rechtsgrundlage um eine freiwillige Leistung handelt, über die dann der Kreistag entscheiden muss.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Auf den beiliegenden Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 03.06.2016 wird verwiesen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt**

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 11.30 Uhr.

Robert Strübbe  
Vorsitzener

Dr. Heinz Börger  
Schriftführer